

Der Ruf nach einem „lesbaren“ Papier wird lauter, die Forderung nach Straffung der von den einzelnen Sachgruppen zu erstellenden Texte dringlicher. Wiederholt meldeten sich Sprecher und Sprecherinnen zu Wort, die den Mangel an Wirklichkeitssinn in einzelnen Texten beklagten. Es müsse möglich sein, „angstfrei“ auch Tabu-Themen offen auszusprechen. Aktuell ist die Exkommunikation eines Westberliner Pfarrers, dem sexuelle Verfehlungen vorgeworfen werden, die der Betroffene bestrittet. Überhaupt wird die Einsamkeit der Priester als schwerwiegendes Problem gesehen und in diesem Zusammenhang der Wert des Zölibats in Frage gestellt. Daß sowohl eine Arbeitsgruppe „Frauen“ und eine weitere zu „Gerechtigkeit und Frieden“ erst nachträglich eingeführt wurden, zeigt die Lücken. Selbstredend wird in der ersteren der Ruf nach Ministrantinnen und dem Frauen-Diakonat laut. Im Arbeitskreis Familie brennt das Problem des Umgangs mit den wiederverheirateten Geschiedenen auf den Nägeln. Der Religionsunterricht gehe von falschen Voraussetzungen aus: Es müsse zur Kenntnis genommen werden, daß Nicht-Katholiken und mehr und mehr Ungetaufte eine Teilnahme begehren. Mit dem Erlernen der Zehn Gebote sei es daher nicht mehr getan. Schließlich wollte sich Pater Pünder – und nicht nur er – nicht mit der Feststellung im Arbeitspapier „Das Wirken der Kirche in Berlin (West) in der Öffentlichkeit“ zufriedengeben, daß „die Partnerschaft zwischen der Kirche und den Trägern der staatlichen

Ordnung weitgehend von einer guten Zusammenarbeit getragen“ sei. Mindestens für Kreuzberg träfe das keineswegs zu.

Weder „Gegenstadt“ noch Privatisierung des Glaubens

Findet überhaupt der missionarische Auftrag der Kirche, an dessen Anfang das Gespräch mit der Gesellschaft stehen müßte, einen hinreichenden Niederschlag in den Thesen? Bisher ist das jedenfalls nicht erkennbar. „Inkarnation der Stadt“, so formulierte der Frankfurter Jesuit *Michael Sievernich* in einer Veranstaltung des Seminars für katholische Theologie zum Stadtjubiläum, „verbietet den defensiven Rückzug in den ‚Pferch‘ der ‚kleinen Herde‘, selbst dann, wenn sich die christliche Gemeinde in einer Minderheitenposition befindet“. Geboten erscheine vielmehr die offene, kritische und offensive Kooperation. Es gehe weder um die Errichtung einer „Gegenstadt“ noch um eine „Privatisierung des Christentums oder seine Reduzierung auf eine ornamentale Funktion in der bürgerlichen Öffentlichkeit“, so der Frankfurter Theologe. „Vielmehr erfordert der öffentliche Charakter des christlichen Heils, der in der Kirche strukturelle Gestalt angenommen hat, sich um das umfassende Wohl (Schalom) der Stadt zu bemühen.“

Ernst-Alfred Jauch

Hoffnung auf Frieden im „Paradies“

Indiens Schatten über Sri Lanka

Allein seit 1983 forderte der Konflikt zwischen Tamilen und Singhalesen auf Sri Lanka nach inoffiziellen Schätzungen mindestens 7000 Todesopfer. Etwa 130000 Tamilen flohen nach Südindien, 100000 fanden in Europa und Nordamerika vorläufig Zuflucht, und Zehntausende leben notdürftig in Lagern oder bei Verwandten und Freunden auf der ehemals als so friedfertig geltenden Insel. Lange Zeit schien es, als könne man der Eskalation der Gewalt kaum mehr auf dem Verhandlungswege Einhalt gebieten, zumal die Anfang 1984 unter indischer Vermittlung begonnenen Friedensgespräche schon bald in eine Sackgasse geraten waren. Um so überraschender unterzeichneten am 29. Juli 1987 Staatspräsident Junius Jayawardena und Indiens Premierminister Rajiv Gandhi in Colombo ein Abkommen, das einer unblutigen Lösung den Weg ebnen soll. Allzu hoch gespannte Erwartungen wurden allerdings rasch durch erneute Unruhen gedämpft, und seit die indischen Truppen selbst in die Auseinandersetzungen eingriffen, ist vollends deutlich, auf welcher labiler Grundlage der Kompromiß ausgehandelt wurde.

Der Konflikt betrifft bekanntlich in erster Linie das Verhältnis zwischen den Singhalesen, deren Bevölkerungsanteil unter den 17 Millionen Einwohnern Sri Lankas 74% beträgt, und den rund 2 Millionen alteingesessenen Tamilen (vgl. HK, Februar 1985, 93 ff.). Ethnisch wohl entfernt mit den frühen singhalesischen Einwanderern verwandt, leben letztere vorwiegend in der Nord- und Ostprovinz des Landes, wo sie 90% resp. 42% der Einwohnerschaft bilden. Der latente Antagonismus zwischen beiden Volksgruppen verschärfte sich während der Kolonialzeit, als viele Tamilen um des sozialen Aufstiegs willen weit eher zur Zusammenarbeit mit den neuen Herren bereit waren als insbesondere die Singhalesen des Hochlandes, aus denen sich bis heute ein großer Teil der politischen Führungskraft rekrutiert. Sämtliche Regierungen seit 1948 trachteten denn auch danach – wengleich mit unterschiedlicher Härte –, den Einfluß dieser Tamilen im öffentlichen Leben einzuschränken. Dies gelang nicht zuletzt durch die Erhebung des Singhalesischen zur Staatssprache und Quoten-Regelungen für die

Einstellung in den öffentlichen Dienst oder die Zulassung zu den Universitäten. Damit sanken zugleich die Berufs-Chancen junger Jaffna-Tamilen überproportional, zumal ihre Siedlungsgebiete ohnehin zu den wirtschaftlich rückständigsten Regionen gehören. So waren 1983 41% der tamilischen Jugendlichen mit Abitur arbeitslos, aber „nur“ 29% ihrer singhalesischen Altersgenossen (vgl. den Bericht des „Überparteilichen Komitees für Regionale Entwicklung“ vom November 1983, in: *S. J. Tambiah*, Sri Lanka, Chicago 1986, S. 147 ff.). Dies begünstigte fast zwangsläufig den Extremismus gerade unter jungen Tamilen, deren politische Organisationen vorerst die etablierten Tamilen-Politiker in den Hintergrund gedrängt haben.

Politische Zugeständnisse als Preis für den Frieden

Eher indirekt berührt der Konflikt im übrigen den Status der „Indien-Tamilen“, die als Nachfahren südindischer Gastarbeiter der Kolonialzeit hauptsächlich im zentralen Hochland leben. Gemäß einem 1964 zwischen Indien und Sri Lanka geschlossenen Vertrag wurden inzwischen – nach langwierigen Zusatz-Verhandlungen – 500 000 von ihnen nach Indien repatriert, während die restlichen 0,9 Millionen größtenteils die Staatsangehörigkeit Sri Lankas erhielten bzw. erhalten sollen. Ihre Zukunft könnte im Rahmen der jetzigen Annäherung zwischen Indien und Sri Lanka endgültig geklärt werden. Eine Lösung ist in diesem Fall vergleichsweise einfacher, da die Indien-Tamilen über die Gewerkschaft der Plantagen-Arbeiter weitgehend in das singhalesische politische Lager integriert sind.

Das Abkommen zwischen Jayawardena und Gandhi sieht nun zunächst eine begrenzte Autonomie für die Nord- und Ostprovinz des Landes vor, die einem gemeinsamen, bis Ende 1987 zu wählenden Rat unterstellt werden. Bis spätestens Ende 1988 sollen dann die Bewohner der Ostprovinz in einem Referendum entscheiden, ob sie weiterhin die Gemeinschaft mit der Nordregion wünschen. Welche Kompetenzen der Rat im einzelnen erhält, soll durch ein Gesetz festgelegt werden, das derzeit noch ausgearbeitet wird. Darüber hinaus werden zukünftig Tamil und Englisch wieder neben Singhalesisch als gleichberechtigte Staatssprachen zugelassen. Als Gegenleistung für diese Konzessionen mußten sich die Tamilen-Organisation zur sofortigen Einstellung aller militärischen Handlungen und zur Ablieferung ihrer Waffen verpflichten, während Jayawardena versprach, die inhaftierten tamilischen Freischärler freizulassen. Zur Überwachung der Vereinbarungen stationierte Indien inzwischen 20 000 Soldaten im Norden und Osten des Landes, die formell dem Oberbefehl des ceylonesischen Staatspräsidenten unterstehen.

Jayawardena sah den Vertrag offensichtlich als eine letzte Möglichkeit, die staatliche Einheit des Landes zu wahren. Immerhin hatten die Separatisten bereits mit

dem Aufbau einer eigenen Verwaltung in der Nordregion begonnen. Militärisch war der drohenden Abspaltung angesichts unmißverständlicher indischer Drohungen nicht mehr zu begegnen. Zudem mußte er befürchten, daß eine weitere Zuspitzung der Lage seine Position innerhalb des singhalesischen Lagers schwächen und der Opposition unter Führung von *Sirimavo Bandaranaike* Auftrieb geben würde. Gandhi wiederum erhofft sich eine Entspannung der innenpolitischen Situation in Tamil Nadu, dessen Bevölkerung vielfach mit den Tamilen in Sri Lanka sympathisiert. Außerdem braucht er wohl dringend einen Erfolg, da sein Ansehen unter den Korruptions-Affären der jüngsten Zeit ebenso gelitten hat wie unter der Tatsache, daß es ihm trotz allen Bemühens nicht gelang, die Konflikte zwischen Hindus und Sikhs bzw. zwischen Hindus und Muslimen zu entschärfen. Entsprechend nutzte er die Gelegenheit, Jayawardena zu Zugeständnissen zu drängen, die Indiens Hegemonie-Ansprüche in Südasiens bekräftigen. In dem Abkommen beigefügten *Zusatz-Vereinbarungen* verpflichtet sich Sri Lanka, seine militärische Zusammenarbeit mit anderen Ländern künftig von der Zustimmung Indiens abhängig zu machen. Dies betrifft nicht nur den Einsatz ausländischer Militärberater (etwa aus Israel oder Pakistan), sondern vor allem die mögliche Nutzung des Tiefsee-Hafens von Trincomalee als Stützpunkt für die US-Flotte. Des weiteren sollen die Aktivitäten ausländischer Rundfunksender, insbesondere der USA, in Sri Lanka eingeschränkt werden, und auch von einem zusammen mit Japan geplanten Industrie-Projekt im Raum Trincomalee wird man wohl zugunsten Indiens Abstand nehmen müssen.

Widerstand gegen die Friedens-Vereinbarungen

Obgleich die Mehrheit der Singhalesen das Abkommen mit Indien begrüßt, kann sich Jayawardena noch keineswegs seines Erfolges sicher sein. Dies zeigten bereits die Kontroversen innerhalb der Regierung, die den Plan erst nach heftigen Diskussionen mehrheitlich billigte. Unterstützung fand der Staatspräsident vor allem bei den mit Wirtschaftsressorts betrauten Kabinettsmitgliedern, so Finanzminister *Ronnie de Mel*, der wegen der katastrophalen Auswirkungen des Tamilenkonflikts auf die Wirtschaft Sri Lankas seit längerem für eine Verhandlungslösung unter indischer Beteiligung eintrat. Premierminister *Premadasa* blieb dagegen der Vertrags-Unterzeichnung ostentativ fern und protestierte sogar in einem Memorandum, das acht weitere Minister unterschrieben, gegen die Vereinbarungen. Er betrachtet sie als Kapitulation vor den tamilischen Extremisten und befürchtet, Sri Lanka werde in Zukunft nur mehr die Rolle eines indischen Vasallen spielen. Unter dem Druck der Ereignisse stellten er und seine Kollegen jedoch ihre Bedenken zurück, so daß schließlich Mitte November das Parlament die Gesetzesvorlage für eine Teil-Autonomie der Tami-

len-Region billigte. Die Wahlen zum Provinzrat sollen aber erst stattfinden, wenn sich die militärische Lage entspannt hat.

Außerhalb des Regierungslagers sind die Meinungen gleichfalls sehr geteilt. Die kleineren, im Parlament nicht vertretenen Parteien der Trotzlisten und Kommunisten äußerten sich zustimmend, während Bandaranaike „Sri Lanka Freiheitspartei“ den Pakt als „Landesverrat“ brandmarkte. Heftigen Widerstand gibt es zudem seitens der marxistischen „Janatha Vimukthi Peramuna“ (Volksbefreiungsbewegung), die nach ihrem gescheiterten Aufstand von 1971 Ende der siebziger Jahre wieder legalisiert wurde, seit 1983 aber wegen ihrer Beteiligung an Pogromen gegen Tamilen erneut verboten ist. Sie erhielt gerade in letzter Zeit regen Zulauf aus Kreisen der Studenten und jungen Militärs, ja inzwischen scheint sogar ein Zusammengehen der JVP mit Kreisen der Bandaranaike-Partei nicht mehr ausgeschlossen. Zwar wurden in den vergangenen Monaten Hunderte von Mitgliedern und Sympathisanten der JVP verhaftet, doch hat dies die Bewegung, die vorwiegend im Süden des Landes operiert, offensichtlich kaum geschwächt. Von den zahlreichen, miteinander verfeindeten Tamilen-Organisationen akzeptierten nur einige kleinere Gruppen das Abkommen ohne große Vorbehalte. Dagegen waren insbesondere die „Befreiungstiger von Tamil-Eelam“ (LTTE), denen zwei Drittel der etwa 5000 aktiven tamilischen Untergrundkämpfer angehören, allenfalls bedingt zum Einlenken bereit. Sie lieferten nur einen Teil ihrer Waffen ab und gaben keineswegs alle Gefangenen frei, so daß auch die Regierung in Colombo nur sukzessive die meisten der 5000 inhaftierten Tamilen auf freien Fuß setzte.

LTTE-Führer Velupillai Prabhakaran erklärte zudem in Interviews, er glaube nicht an die Wirksamkeit des Abkommens und strebe weiterhin einen unabhängigen Tamilen-Staat nach dem sozialistischen Vorbild Jugoslawiens an (Süddeutsche Zeitung 8./9. 8. 1987). Die LTTE gab sich deshalb nicht einmal damit zufrieden, daß man ihr schließlich nach zähen Verhandlungen eine Mehrheit innerhalb der zukünftigen provisorischen Regierung der Tamilen-Provinz zugestand. Sie bekämpfte vielmehr weiterhin ihre Rivalen unter den Extremisten und terrorisierte die Bevölkerung der Ostregion Sri Lankas, wobei auch vier katholische Priester zu den zahllosen Opfern zählten. Leider griffen die indischen Truppen viel zu spät ein, ohne im übrigen die LTTE bisher entscheidend besiegen zu können. So droht gar eine Fortsetzung des Guerilla-Krieges, was Auswirkungen auf die innenpolitische Lage in Tamil Nadu befürchten läßt. Immerhin forderten die neuerlichen Kämpfe allein unter der Zivilbevölkerung über 1000 Tote, und Zehntausende wurden abermals aus ihrer Heimat vertrieben.

Trotz positiver Anfänge bleibt die Zukunft der Tamilen-Region somit vorerst ungewiß. Sollte die LTTE als politischer Faktor ausgeschaltet werden, hinterließe sie ein Machtvakuum, daß andere Tamilen-Organisationen nur schwer ausfüllen können. Immerhin besitzt sie gerade

unter der jüngeren Generation der mittleren und unteren sozialen Schichten viele Sympathisanten, während gemäßigte Gruppierungen – wie vor allem die Partei der „Tamilischen Befreiungsfront“ – in den letzten Jahren erheblich an Einfluß verloren. Völlig ungeklärt ist darüber hinaus das Schicksal der gegenwärtigen Ostprovinz, deren Bewohner erst Ende 1988 in einem Referendum über ihre weitere Zugehörigkeit zur Tamilen-Region entscheiden sollen. Die Tamilen bilden hier zwar die stärkste Bevölkerungsgruppe, können aber von den Singhalesen im Verein mit den Muslimen majorisiert werden. Ginge die Abstimmung zu ihren Ungunsten aus, würde dies den politischen Einfluß der Tamilen in der Nordprovinz erheblich reduzieren. Im anderen Fall sähen sich aber wiederum die Singhalesen (und eventuell auch die Muslime) der Ostprovinz in der Rolle einer ungeliebten Minderheit, was neue Konflikte heraufbeschwört.

Die Haltung der Religionsgemeinschaften

Führende Vertreter *aller* Religionsgemeinschaften begrüßten das Friedens-Abkommen als einen Schritt in die richtige Richtung. Gleichwohl ließen prominente Buddhisten durchblicken, daß sie hierin die Gefahr eines „Ausverkaufs singhalesischer Interessen“ sehen. So rief *Palipane Chananda*, Vorsteher des äußerst einflußreichen *Asgiriya-Ordenszweiges* in Kandy, zwar die buddhistischen Gläubigen zum Gewaltverzicht auf, betonte aber zugleich das Recht auf friedlichen Protest (UCA News, 5. 8. 87). Er verteidigte damit jene, von Mönchen angeführten Demonstrationen von Ende Juli, welche die Polizei gewaltsam aufgelöst hatte. Ohnehin wächst unter dem buddhistischen Klerus der Unmut über eine mögliche, endgültige Verständigung der Regierung mit den Tamilen zum „Nachteil“ der Singhalesen. Nach einer Periode relativer politischer Zurückhaltung traten in den letzten Jahren vermehrt kleinere Gruppen unter den rund 30 000 Mönchen an die Öffentlichkeit, die nationalistische Ziele vertreten. Anfang 1986 demonstrierten gar an die 9000 Mönche gegen die Absicht der Regierung, weiteren Indien-Tamilen die Staatsangehörigkeit Sri Lankas zu erteilen. Mitte 1986 gründeten schließlich führende Buddhisten (unter ihnen Chananda) und Repräsentanten der Bandaranaike-Partei eine „Bewegung zur Verteidigung der Nation“. Obgleich diese neuerliche Politisierung des Buddhismus, zu dem sich 70% der Bevölkerung bekennen, noch nicht die Form einer Massenbewegung angenommen hat, wird sie die Regierung dennoch sehr ernst nehmen müssen.

Unter den übrigen Religionsgemeinschaften (15,5% Hindus, 7,5% Muslime, 7,3% Katholiken, 0,7% Protestanten) befindet sich die *katholische Kirche* in einer besonders prekären Lage, da sie gerade von vielen Singhalesen immer noch als „kultureller Fremdkörper“ betrachtet wird. Entsprechend hielt sich die Bischofskonferenz lange Zeit mit Äußerungen zum Tamilenkonflikt zurück, um nicht

einen erneuten, dem der frühen sechziger Jahre verwandten Kirchenkampf mit dem Staat zu riskieren. Erst 1984 veröffentlichte sie ein umfangreiches Dokument „Zum Wiederaufbau der Nation“, in dem sie beide Seiten zur Mäßigung und zum Gewaltverzicht aufrief und prononciert die sozialen Mißstände anprangerte (vgl. HK, Februar 1985, 93 ff.). Es folgten weitere Erklärungen, so zum buddhistischen Neujahrsfest am 14. 4. 86, in denen die Bischöfe den Beteiligten beider Lager vorwarfen, zur Verschlechterung des politischen Klimas beizutragen. Zugleich mahnten sie die Gläubigen wiederholt, sich für eine wahre gesellschaftliche Harmonie einzusetzen (Fides 14. 6. 86).

Diese Appelle fanden leider nur mäßiges Gehör, und jene Katholiken, die sich in den – oft machtlosen – Bürgerkomitees für eine Beilegung lokaler Konflikte engagieren, bilden eine recht kleine Minderheit. Selbst die „Vereinigte religiöse Organisation“, die unter tatkräftiger Mithilfe prominenter Katholiken für den Abbau sozialer und religiöser Spannungen eintritt, erreichte mit ihren Aktionen – z. B. Aufrufen zu Gebetstagen – nicht allzu viel. Dies gestehen mit Bedauern auch namhafte Kirchenvertreter wie P. *Tissa Balasuriya OMI* ein, aus dessen Feder die Texte der meisten kirchlichen Verlautbarungen zum Tamilenkonflikt stammen und der seit langem für einen Ausgleich unter den Bevölkerungsgruppen wirbt.

Auch in der Kirche gibt es ein Tamilen-Problem

Der Kirche fällt es auch deshalb schwer, sich zu eindeutigen Stellungnahmen durchzuringen, weil sie selbst ein Tamilen-Problem zu bewältigen hat. Drei der zehn Diözesen liegen im Siedlungsgebiet der Jaffna-Tamilen, die – zusammen mit den Indien-Tamilen – fast die Hälfte der Katholiken stellen. Deren Belange werden zwar seit einem Jahrzehnt stärker berücksichtigt, doch sind manche innerkirchlichen Widerstände zu überwinden, wie etwa die Errichtung des erst nach langen Diskussionen genehmigten Priesterseminars in Jaffna zeigt. Immerhin bemüht man sich inzwischen um eine zunehmende Zentralisierung der kirchlichen Verwaltung, die dem Engagement einzelner ethnischer Gruppen besser Rechnung trägt.

Sehr zurückhaltend reagierte die Kirche bisher auf das *politische Engagement einiger Tamilen-Priester*. Als 1983 zwei von ihnen wegen angeblich subversiver Tätigkeit verhaftet wurden, traten nur ihre eigenen Kirchenoberen öffentlich für sie ein. Die Bischofskonferenz mochte sich dagegen nicht offiziell zu diesem Fall äußern, der im übrigen mit der gerichtlichen Rehabilitierung beider im Jahre 1986 endete. Zu einem Eklat kam es schließlich, als Bischof *Jakob Bastianpilai Deogupillai* von Jaffna im Sommer 1986 in einem Brief an die Vereinten Nationen beklagte, man müsse einen Vernichtungsfeldzug der Sin-

ghalesen gegen die Tamilen befürchten. Die südindischen Bischöfe griffen dies bei einer Tagung in Madras auf, was Erzbischof *Frank Marcus Fernando* von Chilaw, den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, zu einem heftigen Protest veranlaßte. Er erklärte, trotz mancher Übergriffe des Militärs gegen die Zivilbevölkerung könne keine Rede von einer „planmäßigen Vernichtung“ der Tamilen sein (Katholische Missionen 6/86). Entsprechend übergeht man auch das Problem, daß manche Tamilen-Priester ihre ländlichen Gemeinden aus Furcht vor Repressalien verließen (und einzelne sich möglicherweise den Separatisten anschlossen), eher mit Schweigen.

Angesichts dieser Lage wagen vorerst nur wenige Kirchenvertreter, ihre Oberen offen zu kritisieren. Zu ihnen gehört der Rektor des Franziskus-Xaverius-Seminars in Jaffna, Pater *S. J. Emanuel*, der im März 1987 auf eine wachsende Uneinigkeit innerhalb der Kirche hinwies. Er bedauerte, daß sich die Repräsentanten des Südens vorwiegend wegen des Terrorismus beunruhigten, aber eindeutige Stellungnahmen vermieden, um einem Konflikt mit dem Staat oder der singhalesischen Mehrheit auszuweichen. Ihre Appelle an das Gewissen der Nation seien allzu pauschal und zudem eher an die Welt-Öffentlichkeit gerichtet denn an die eigene Bevölkerung. Als negatives Beispiel führte er die erwähnte Dokumentation von 1984 an, die zunächst nur auf Englisch publiziert worden sei, ehe sie mit erheblicher Verspätung auf Sinhala erschien.

Allerdings nahm er auch die Kirche des Nordens nicht von seiner Kritik aus. Diese habe nicht rechtzeitig den Kontakt zur Regierung gesucht und allzu früh resigniert, so daß ihre Forderungen nach einer grundlegenden Lösung derzeit nur noch geringen Widerhall fänden. Zudem gebe es zu wenig Gespräche zwischen beiden Kirchengruppen – singhalesische Bischöfe hätten zwar gelegentlich die Tamilen-Provinzen besucht, sich dort aber auf allgemeine Appelle an den guten Willen beschränkt (Asia Focus, 27. 3. 87).

Erst allererste Versuche einer Verständigung

Derartige Kritik mag in singhalesischen Kreisen der Kirche als ungerecht empfunden werden. Dennoch muß man zugeben, daß die Kirche aus Rücksicht auf den Staat wie auf ihre eigene, vielfach allzu sehr in ethnischen Kategorien denkende Basis nur langsam aus ihrer bisher eher passiven Rolle herausfindet. Immerhin gibt es Ansätze, die innerkirchliche Verständigung zu fördern, etwa in Bildungsprogrammen, die das von Balasuriya geleitete „Zentrum für Religion und Gesellschaft“ anbietet. Der Kirchenführung ist denn auch bewußt, daß sie nur dann zur Entschärfung des Konflikts beitragen kann, wenn sie die eigenen Gläubigen wirksam in den Versöhnungsprozeß einbezieht. Dies ist allerdings eine Aufgabe, deren Bewältigung – leider – noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.

Peter Drews